



Stadt T E T T N A N G

Haushaltsrede 2025 **Bürgermeisterin Regine Rist**

Sehr geehrte Gemeinderätinnen, sehr geehrte Gemeinderäte, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Vertretungen der Presse,

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht der Haushaltsplan 2025, die Entscheidung über die Freigabe des Haushaltsentwurfs der Stadt Tett nang

- ein wichtiger Schritt für die Verwaltung, um im kommenden Jahr handlungsfähig zu sein,
- ein wichtiger Schritt, um notwendige Aufgaben im neuen Jahr angreifen zu können.

Gleichzeitig ist klar, dass dieser Tagesordnungspunkt so gehaltvoll ist wie wahrscheinlich nie. Eine spannende Sitzung. Gestatten Sie mir, dass ich, bevor ich zum eigentlichen Zahlenwerk komme, ein paar grundsätzliche Aussagen zur Lage der Kommunen mache – die eins zu eins auf Tett nang anzuwenden sind.

Kommunen und deren finanzielle Lage beherrschen aktuell viele Schlagzeilen:

- „Kommunalfinanzen auch 2025 im freien Fall“
- „Befreiungsschlag für die Kommunalfinanzen notwendig“
- „Finanzlage der Kommunen ist prekär“

Die Auswahl wäre beliebig fortzusetzen.
Wie prekär die Situationen sind, lässt sich recht schnell belegen.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg schreibt in seinem Finanzbericht 2024 über die gemeindlichen Aufgaben: „Diese sind im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023 von 23,875 Mrd. Euro auf 26,433 Mrd. Euro angewachsen (+11%). Die Einnahmen wuchsen zwar ebenfalls an, jedoch nur von 23,450 Mrd. Euro auf 24,403 Mrd. Euro (+4%). Bei 11% höheren Ausgaben und 4 % höheren Einnahmen ist es nicht schwer, die Schieflage zu erkennen. Das sind die Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen. Und sie stellen sich bei uns exakt so dar, wie sie vom Gemeindetag und anderen seit einiger Zeit sehr klar benannt werden.“

Die Aufgabenvielfalt ist groß – Pflichtaufgaben, Weisungsaufgaben und freiwillige Aufgaben.

Wir Kommunen bekommen weiterhin Aufgaben übertragen, es werden weiter Standards gesetzt, die von kommunaler Seite oft ohne die entsprechende auskömmliche finanzielle Ausstattung umgesetzt werden sollen. Wir müssen weiterhin Ansprüche erfüllen, die kaum zu stemmen sind. Eine kaum zu lösende Situation für uns - wie es unser Haushalt ganz deutlich zeigt.



Stadt T E T T A N A G

Wo bleibt hier die Konnexität? Dabei ist in der Gemeindeordnung die Übertragung von Aufgaben klar geregelt.

§ 2 Gemeindeordnung

(2) Die Gemeinden können durch Gesetz zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichtet werden (Pflichtaufgaben). Werden neue Pflichtaufgaben aufgelegt, sind dabei Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führen diese Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.

Ein finanzieller Ausgleich ist zu schaffen, damit wir Kommunen noch in der Lage sind, unsere ureigensten identitätsstiftenden Aufgaben erfüllen zu können – Aufgaben, die das Wohl der Bürgerinnen und Bürger fördern, die die Gemeinschaft fördern – Vereinsförderung, Innenstadtentwicklung, Hallen, Schwimmbäder, Quartiersarbeit, Jugendarbeit, Seniorenarbeit usw.

§ 1 GemO sagt es ja ganz deutlich:

Die Gemeinde fördert in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner und erfüllt die ihr von Land und Bund zugewiesenen Aufgaben.

Das Wohl der Menschen – das bedeutet nicht nur die Erfüllung von Pflichtaufgaben, sondern eben die identitätsstiftenden Aufgaben – die freiwilligen Aufgaben. Wenn wir das nicht mehr können ist klar, was passiert: die Gemeinschaft leidet! Die Menschen werden unzufrieden, politikverdrossen! Die Demokratie leidet!

Die Aufgabenübertragung von Bund und Land ist vielfältig:

- Frühkindliche Bildung ab U3 an mit einem Anspruch darauf
- Ganztagsbetreuungsanspruch an Grundschulen,
- Unterbringung und Integration Geflüchteter,
- Inklusion und Barrierefreiheit,
- Digitalisierung an Schulen,
- Klimaschutzmaßnahmen,
- Aufgaben der Kommunalen Daseinsvorsorge, usw.

All das sind sinnvolle Maßnahmen. Aber: und das muss ganz klar benannt werden – oft sind die Ausgaben für die uns übertragenen Aufgaben und die gesetzten Standards nicht ausreichend refinanziert. Und genau dies hat direkte Auswirkungen auf unsere Handlungsfähigkeit, wie es unser Haushaltsentwurf ganz deutlich zeigt. Das neue kommunale Haushaltsrecht, die Doppik, deckt das alles schonungslos auf. Die Kommunen, Gemeindetat, Städtetag, Landkreistag – wir alle sind uns einig, dass es so nicht weitergehen kann. Wir alle sind aktiv und laut, um genau dies dem Gesetzgeber mitzuteilen.

Nicht umsonst hat der Städtetag bei seiner Hauptversammlung am 26.9.2024 in Freiburg die Freiburger Erklärung mit 13 Forderungen an das Land beschlossen. Darin wird zu Finanzen, Schulen, Migration und Verkehr beklagt, dass die Kommunen wegen Finanz-



Stadt T E T T N A N G

und Personalproblemen handlungsunfähig werden könnten. Dass bereits Erfolge zu verzeichnen sind, macht uns ein klein wenig zuversichtlich.

Sie mögen sich fragen – welche Erfolge? Hier ein Beispiel: Ganztagsbetreuungsanspruch der Grundschüler: Noch bis Mitte des Jahres waren wir bei den Förderungen von einem Losverfahren und eng gesetzten Fristen ausgegangen – ein nicht hinzunehmender Umstand. Durch den Einsatz von Gemeinde-, Städte- und Landkreistag wurden die Förderungen erheblich aufgestockt und die Förderzeiträume verlängert – ein Erfolg. Aber auch ein Kraftakt, der unseres Erachtens so nicht nötig wäre.

Oder denken wir an die Entlastungspakete: Gerade hat die Entlastungsallianz Baden-Württemberg ihr drittes Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Notwendige Pakete, die zuversichtlich machen, dass wir verstanden wurden und diese in den Kommunen ihre Wirkung entfalten. Ich habe die Hoffnung, dass Bund und Land die jetzige Situation tatsächlich nutzen, um an eine Aufgabenkritik und Standard-Kritik zu gehen und dass weitere Entlastungspakete folgen. Dass man sich dabei stets die Frage stellt, ob alles immer bis ins letzte Detail geregelt sein muss und unsere Standards so hoch sein müssen.

Auch die Nachricht vom Freitag über den Vorstoß zur besseren Ausfinanzierung kommunaler Aufgaben macht zuversichtlicher. Die Präsidenten der Kommunalverbände äußerten sich dazu wie folgt: „Die zwischenzeitlich dramatische Schieflage der kommunalen Haushalte ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass der Bundesgesetzgeber die Aufgabenlast der Kommunen beständig erhöht, ohne dass ihnen die damit verbundenen Kosten auch nur annähernd erstattet werden. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass sich die Innenministerkonferenz für eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung ausgesprochen hat.“

Die kommunale Familie plädiert schon lange für eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer, damit die kommunale Aufgabenerfüllung endlich angemessen refinanziert wird. Die Aufzählung der eben genannten Maßnahmen beruhigt mich noch nicht – keinesfalls, aber sie stimmen mich zumindest zuversichtlicher für die Zukunft der Kommunen in diesen herausfordernden Zeiten. Denn, die ausgeführte Situation macht natürlich auch in den Landkreisen nicht Halt. Deshalb möchte der Bodenseekreis die Kreisumlage erhöhen. Ob es am Ende die geforderten 3 Prozentpunkte werden, wird man erst im Januar endgültig wissen. Wir haben in unserem Haushalt mit 2 Punkten kalkuliert – und schon das bedeutet Mehrausgaben von 346.570 Euro.

Wir Kommunen sind das letzte Glied in der Kette. Wir müssen die Aufgaben vor Ort erfüllen, wir müssen Standards erfüllen, sind unterfinanziert und haben gleichzeitig die Pflicht, unseren Haushalt zu sanieren. Vergleiche ich meine Haushaltsrede vom letzten Jahr mit der diesjährigen Situation ist eines festzustellen: Die finanzielle Lage ist keinesfalls besser geworden, die mittelfristige Finanzplanung auch nicht. Aber: die Anzeichen sind da, dass der Gesetzgeber dies erkennt und das zu einem Umdenken führt. Gleichwohl möchte ich auch uns als Kommune in die Pflicht nehmen. Was wir von Bund und Land und auch vom Landkreis fordern, nämlich eine Aufgabenkritik und eine Standardkritik durchzuführen, müssen auch wir vor Ort tun. Das bloße Zeigen auf andere wird nicht ausreichen.



Stadt T E T T N A N G

Lassen Sie mich nun auf unseren Haushalt kommen:

Mit der Einbringung des Haushalts wurde Ihnen ein Zahlenwerk präsentiert, das die eben dargestellte Situation deutlich widerspiegelt: Der Ergebnishaushalt ist nicht ausgeglichen. Schon wieder.

Der Ergebnishaushalt umfasst:

- Erträge: i.H.v. 73 Mio. Euro (+ 1 Mio. im Vergleich zum Vorjahr).
- Aufwendungen: mit ca. 77,47 Mio. Euro (+ 1 Mio. im Vergleich zum Vorjahr).

Dies führt zu einem veranschlagten Gesamtergebnis von einem Minus von 4,4 Mio. Euro. Das Defizit ist kein überraschender Befund. Bereits die mittelfristige Finanzplanung im vergangenen Jahr zeigte das sehr deutlich. Deutlich wird dabei auch, dass unsere Einnahmen stabil sind. Wir haben kein Einnahmeproblem – ganz im Gegenteil: Wir haben gute, sogar höhere Gewerbesteuererinnahmen dank unserer sehr guten Gewerbebetriebe, einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer oder der Umsatzsteuer.

Wir haben ein Ausgabeproblem! 41% Transferaufwendungen, 29% Personalaufwendungen mit einkalkulierten Tarifsteigerungen – und hier möchte ich betonen – Personal hat immer mit der Erfüllung von Aufgaben zu tun – 7,4% Abschreibungen. In der Tat bleibt bei den Ausgaben gar nicht mehr so viel Gestaltungsspielraum. Dieser befindet sich in den Sach- und Dienstleistungen, die nur 18,3% unserer Ausgaben ausmachen. Nur hier haben wir im Grunde die Möglichkeit, Ausgaben zu reduzieren.

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist also enthalten, was die Kommune an laufenden Ausgaben erfüllt: Gebäudeunterhalt, Straßenunterhalt, laufende Schulträgeraufgaben, Kitas, Kommunale Daseinsvorsorge, Kultur, freiwillige Aufgaben und Pflichtaufgaben. Dass der Spielraum gering ist, haben wir bei den verwaltungsinternen Runden ganz deutlich gespürt, denn glauben Sie mir, auch in der Verwaltung gab es bereits einige Sparrunden, bis wir Ihnen diesen Haushaltsentwurf präsentiert haben. Nur dadurch gelang es, dass wir bei den Sach- und Dienstleistungen in etwa den Betrag vom Vorjahr eingeplant haben.

Wichtig waren uns bei der Haushaltsplanung aber dennoch ein paar Faktoren:

- ➔ Substanzerhalt bei unseren Gebäuden,
- ➔ Personalentwicklung und Personalrecruiting – denn das ist eine Aufgabe, die von Jahr zu Jahr wichtiger wird,
- ➔ Digitalisierung in unterschiedlichen Bereichen

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir die nächsten Jahre so nicht weitermachen können.

Das Defizit können wir dieses Jahr noch durch Rücklagen ausgleichen. Ohne eine strategische Haushaltskonsolidierung wird es jedoch mittelfristig schwieriger, das Haushaltsgleichgewicht aufrechtzuerhalten. Auch wir vor Ort sind in der Pflicht, uns der Aufgabenkritik und Standardkritik zu stellen. Und diese Erwartung habe ich an uns als Verwaltung, aber auch an den Gemeinderat. Grundlagen haben wir in unserer Herbstklausur gelegt, gleich im neuen Jahr geht es weiter:



Stadt T E T T N A N G

Standards, Aufgaben, Abmangelbetrachtungen, Einnahmen wie Gebühren, Zweitwohnungssteuer, Kurtaxe, aber auch Effizienzsteigerungen, Sparmaßnahmen, strategisches Vorgehen, Konsolidierung: all dies wird uns deshalb in nächster Zeit beschäftigen. Dabei ist mir persönlich wichtig, dass es eben nicht sein kann, dass wir nur an den freiwilligen Aufgaben sparen. So oft heißt es, Pflichtaufgaben vor Freiwilligen Aufgaben. Wir müssen aber das sparsame Wirtschaften und notwendigen Minderausgaben strategisch angehen, damit wir unsere Vielfalt und unsere Gemeinschaft nicht aufs Spiel setzen.

Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle betonen, dass wir planen, die Grundsteuerreform 2025 einkommensneutral umzusetzen, wie Sie der Planung entnehmen können.

Eine Strategische Haushaltskonsolidierung – das gehen wir an. Heißt das dann auch, dass nicht mehr investiert wird? Nein, das darf es meiner Meinung nach nicht heißen. Unsere Aufgabe ist es, die für die Zukunft notwendigen Investitionen strategisch zu tätigen.

Deshalb planen wir Investitionen:

Investitionen in den Klimaschutz:

- Investitionen im Bereich Nahwärmeversorgung: Vorbereitung unserer Gebäude für den Anschluss an die Nahwärme (in 2025 die Planungsleistungen, die Umbauten in 2026),
- PV-Strategie

Klimaanpassung:

- Starkregenmanagement
- Hochwasserschutz

Sanierungsmaßnahmen – Stichwort: Stadtsanierung

Feuerwehr:

- Erweiterung Feuerwehr mit Planungskosten
- Sowie Beschaffung von Material und Fahrzeugen

Straßen:

- Straßenunterhalt,
- Kiesweg,
- Kreisverkehr Oberhof/Schäferhof und
- Ausbau barrierefreier Bushaltestellen

Sporthalle Manzenberg

Schulentwicklung:

- Maßnahmen zur Realisierung des Ganztagsbetreuungsanspruchs der Grundschul Kinder.

Und was beinhaltet der Haushalt – oder besser gesagt – der Nachtragshaushalt, den wir vor kurzem gefasst haben, der sich aber natürlich in diesem Haushalt wiederfindet – noch?

- **Der Kauf eines „großen Gebäudes“ – des Avira-Gebäudes:** Man mag sich fragen, warum wir als Stadt diesen Kauf des Avira-Gebäudes getätigt haben, in dieser Finanzlage.
- ➔ Um unsere Aufgaben zu erfüllen: Die Kindergartenbedarfsplanung zeigt es deutlich – wir brauchen mehr Kita-Plätze. Der Bedarf kann schon jetzt nur mit



Stadt T E T T N A N G

unheimlicher Kraftanstrengung annähernd erfüllt werden.
Schulentwicklung/Ganztagsbetreuung – auch das müssen wir erfüllen.
Verwaltung: Auch die Stadtverwaltung platzt aus allen Nähten. Viele Räumlichkeiten wurden deshalb von uns angemietet. Das Gebäude ist geeignet zur Aufgabenerfüllung – und deshalb ist diese strategische Investition gut und richtig – neben den stadtplanerischen Gesichtspunkten, das Gebäude an dem Standort nahe den Schulen zu erwerben, um entsprechende Synergien zu nutzen.

Deshalb: Ja, es ist in den nächsten Jahren auf der einen Seite Sparen angesagt – Stichwort Minderausgaben. Es ist die Überprüfung unserer Einnahmen angesagt, es ist aber meines Erachtens auch angesagt, klug zu investieren, um unsere Aufgaben zu erfüllen und Tettning zukunftsfähig zu machen.

- Unsere Stadt muss eine Bildungsstadt bleiben,
- unsere Stadt muss Einkaufsstadt und Tourismusstandort bleiben,
- unsere Stadt muss Wirtschaftsstandort mit entsprechenden Rahmenbedingungen bleiben
- unsere Stadt muss Wohlfühlstadt, Stadt der Gemeinschaft, des Sports und der Vereine bleiben.
- Und dafür müssen wir etwas tun und kontinuierlich investieren.
- Das Avira-Gebäude ist ein Teil dieser Investitionsstrategie neben anderen Maßnahmen im Haushalt, die ich eben aufgezählt habe.

Dafür sind Kredite notwendig – 2025 in Höhe von 18 Mio. Euro.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, wir haben keine leichten Zeiten. Wirtschaftsflaute, Energiekrise, Kriege, Geflüchtete, überbordende Bürokratie, Aufgabenvielfalt, Klimawandel und Klimaanpassung, Bildung und Betreuung. All das spiegelt sich in unserem Haushalt wider.

Aktuelle Herausforderungen aber auch Notwendigkeiten für die Zukunft. Denn, wenn notwendige Investitionen nicht gemacht werden, heißt das nicht, dass keine Schulden gemacht werden, sondern wir verlagern Schulden und dazu womöglich eine marode Infrastruktur in die Zukunft. Und das ist nicht der richtige Weg. Der richtige Weg ist Verantwortung zu übernehmen trotz Defizit und gestiegenen Kosten. So sichern wir unsere Stadt und unsere Gemeinschaft und beugen den Auswirkungen des Klimawandels vor.

Zuletzt möchte ich an dieser Stelle meinem Team im Rathaus danken, allen voran bei der Haushaltserarbeitung, Frau Schubert und Frau Bentele.